Zivilgesellschaftliches Bündnis hat neues Bürgerinformationsgesetz vorgestellt

Für einen leichteren Zugang zu Behördeninformationen haben die Umweltorganisation Greenpeace, der Journalistenverband Netzwerk Recherche und die Deutsche Gesellschaft für Informationsfreiheit heute in Berlin ein neues Bürgerinformationsgesetz vorgestellt.

Der Gesetzesvorschlag wird auch dem Bundesjustizministerium übergeben. Er bündelt die schon bestehenden Regelungen nach dem Verbraucherinformationsgesetz, dem Umweltinformationsgesetz und dem Informationsfreiheitsgesetz und hebt sie auf ein bürgerfreundliches Niveau: Das Gesetz sieht enge Antwortfristen, niedrige Gebühren und eine aktive Informationspflicht für Behörden vor. Zudem werden Restaurants und Lebensmittelgeschäfte zum Aushang der Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen verpflichtet.

[Lesen Sie weiter bei der Gesellschaft für Informationsfreiheit](#)

Laden Sie hier herunter

[Gesetzentwurf](#)

[Neuerungen im Überblick](#)

<https://suedbayern.humanistische-union.de/thema/zivilgesellschaftliches-buendnis-hat-neues-buergerinformationsgesetz-vorgestellt/>

Abgerufen am: 20.04.2024